

EU-Plan: Invasion als Geschäftsmodell



Von INXI | Weitgehend unbeachtet von der Öffentlichkeit und nur wenige Tage nach der Bundestagswahl, veröffentlicht die EU-Kommission weitere detaillierte Pläne zur Umvolkung Europas. Der EU-Migrationskommissar Dimitris Avramopoulos (ein Grieche, natürlich!) sagte, die Staaten der EU sollten [freiwillig 50.000 weitere Invasoren](#) aufnehmen. Besonders aus der Türkei, dem Nahen Osten und Afrika sollten Flüchtlinge direkt übernommen werden. Dafür stünden 500 Millionen (Steuer)Geld zur Verfügung.

Die Eurokraten möchten also die Invasion Europas endlich legalisieren und „Flüchtlinge“ direkt aus ihrer Heimat nach Europa holen. Als ob diese Pläne nicht schon perfide genug wären, setzt die EU-Kommission noch eins drauf: Es soll ein Pilotprojekt geben, nach dem erprobt wird, ob nicht private Unternehmen die Umsiedlung durchführen könnten. Dieses soll „privaten Gruppen und Organisationen der Zivilgesellschaft erlauben, im Einklang mit nationaler Gesetzgebung Umsiedlungen zu organisieren und zu finanzieren“.

Der migrantisch-industrielle Komplex wird Wirklichkeit

Sollten diese ungeheuerlichen Pläne in die Tat umgesetzt werden, hätten Soros und Konsorten ihre Ziele erreicht. Europa würde mit Millionen Glücksrittern überschwemmt und es ließen sich ganz legal und offiziell traumhafte Renditen erzielen. Auf Kosten der europäischen Steuerzahler, versteht sich. Die Völker Europas werden für ihre eigene Vernichtung auch noch zur Kasse gebeten. Es wird doch niemand glauben, dass es bei den genannten 50.000 Goldstücken bleiben würde, angesichts mehrerer Millionen Wirtschaftsflüchtlingen mit Deutschland als Ziel.

Frappierend und schockierend zugleich ist die unverblümte Offenheit, mit der diese Pläne veröffentlicht werden. Hält die EU also die Zeit endlich für gekommen, alle Masken fallenzulassen und gegen den erklärten Willen der meisten Nationalstaaten die Invasion in großem Stil anrollen zu lassen?

Was weiß Merkel?

Es ist höchst unwahrscheinlich, dass Merkel in Pläne solcher Tragweite nicht zumindest eingeweiht war. Dazu würde auch ihre Lobhudelei für die Pläne Macrons passen. Die Nationalstaaten sollen noch mehr Rechte und Souveränität an Brüssel abgeben. Dies, in Verbindung mit den Invasionsplänen der EU, würde das Ende aller europäischen Werte bedeuten und die Einheimischen endgültig zu Minderheiten in islamischen Mehrheiten machen.

Es ist allerhöchste Zeit für den Untersuchungsausschuss Merkel, damit dieser Frau und dem Kartell das Handwerk gelegt werden kann, bevor die von ihnen angerichteten Schäden wirklich irreparabel werden.

Apropos Flüchtlingskommissar: Davon bräuchten wir auch in Deutschland viele – in jedem Polizeirevier mindestens einen!